

Motion

Binningen zuerst: Aufgaben überprüfen, Prioritäten setzen, Steuergelder effizient einsetzen

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine umfassende Aufgaben- und Leistungsüberprüfung der Gemeinde Binningen durchzuführen und dem Einwohnerrat konkrete Massnahmen vorzulegen, mit welchen die laufenden Ausgaben nachhaltig und strukturell reduziert werden können.

1. Klare Prioritäten statt Giesskannenprinzip

Die Gemeinde soll ihre Leistungen konsequent nach ihrer Notwendigkeit und ihrem Nutzen für die Bevölkerung priorisieren.

Dabei sind sämtliche Aufgaben in folgende Kategorien einzuteilen:

- **gesetzlich zwingende Kernaufgaben;**
- **wichtige kommunale Leistungen mit klarem öffentlichem Nutzen;**
- **freiwillige Leistungen;**
- **Leistungen, bei denen eine Reduktion, Zusammenlegung, Auslagerung oder Aufhebung geprüft werden soll.**

Insbesondere bei freiwilligen Leistungen ist kritisch zu prüfen, ob diese weiterhin im bisherigen Umfang durch die Gemeinde finanziert werden müssen.

2. Personal und Verwaltungsstrukturen

Der Personalaufwand ist einer umfassenden Effizienzprüfung zu unterziehen.

Dabei sind insbesondere:

- Doppelspurigkeiten und unnötige Schnittstellen;
- Führungsebenen und Verwaltungsstrukturen;
- Aufgabenverteilungen zwischen Abteilungen;
- Möglichkeiten der Digitalisierung und Automatisierung;
- natürliche Fluktuationen;
- Teilzeit- und Vollzeitstrukturen;
- sowie Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit

zu überprüfen.

Neue Stellen sollen grundsätzlich nur geschaffen werden, wenn nachgewiesen ist, dass die betreffende Aufgabe notwendig ist und nicht durch Effizienzsteigerungen, Digitalisierung, interne Umorganisation oder Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden erfüllt werden kann.

Die bereits bestehende politische Diskussion über Stellenprozente und Verwaltungskosten soll dabei in eine umfassendere Aufgabenüberprüfung eingebettet werden.

3. Externe Dienstleistungen konsequent überprüfen

Ein besonderer Schwerpunkt ist auf externe Dienstleistungen, Beratungsmandate, Gutachten, Projektleitungen und weitere Honorare zu legen.

Für jedes grössere externe Mandat ist zu prüfen:

- Weshalb wird die Leistung extern eingekauft?
- Ist die Leistung dauerhaft oder einmalig notwendig?
- Könnte die Aufgabe intern erledigt werden?
- Könnte sie gemeinsam mit einer anderen Gemeinde erbracht werden?
- Ist das Preis-Leistungs-Verhältnis angemessen?

Ziel ist eine **substantielle Reduktion der dauerhaft wiederkehrenden externen Leistungen**.

Im Budget 2026 sind rund CHF 5,3 Mio. für Dienstleistungen und Honorare vorgesehen. Dieser Kostenblock soll deshalb ausdrücklich und detailliert überprüft werden.

4. Freiwillige Leistungen und Subventionen

Sämtliche freiwilligen Beiträge, Subventionen und Leistungsvereinbarungen sind auf ihre Notwendigkeit und Wirkung zu überprüfen.

Dabei soll für jede Leistung aufgezeigt werden:

- Wie hoch ist der jährliche Gemeindebeitrag?
- Welchen konkreten Nutzen hat die Leistung für die Bevölkerung?
- Wie viele Personen profitieren davon?
- Ist die Leistung gesetzlich vorgeschrieben?
- Welche Eigenleistungen werden durch die Empfänger erbracht?
- Welche alternativen Finanzierungsmöglichkeiten bestehen?

Freiwillige Leistungen sollen nicht automatisch als dauerhaft gegeben betrachtet werden.

5. Interkommunale Zusammenarbeit

Die Gemeinde Binningen soll systematisch prüfen, welche Aufgaben gemeinsam mit anderen Gemeinden kostengünstiger erbracht werden können.

Dabei sind insbesondere die bestehenden Strukturen und Möglichkeiten innerhalb der Region Leimental Plus zu berücksichtigen. Die Region umfasst neben Binningen weitere Gemeinden und verfolgt bereits das Ziel, durch Zusammenarbeit Synergien zu nutzen und Ressourcen zu bündeln.

6. Verzichtsplanning

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine **Verzichtsplanning** vorzulegen.

Diese soll konkret aufzeigen, welche Leistungen bei einer angespannten Finanzlage:

- reduziert,
- zeitlich verschoben,
- zusammengelegt,
- ausgelagert
- oder vollständig aufgegeben

werden könnten.

Damit soll verhindert werden, dass bei einer Verschlechterung der Finanzlage kurzfristig und unkoordiniert über einzelne Budgetpositionen gekürzt werden muss.

7. Konkretes Einsparziel

Die Aufgabenüberprüfung soll das Ziel verfolgen, **innerhalb von drei Jahren mindestens CHF 5 Mio. an wiederkehrenden, beeinflussbaren Ausgaben dauerhaft einzusparen.**

Die Einsparungen sollen prioritär durch strukturelle Massnahmen erzielt werden und **nicht durch eine generelle Kürzung nach dem Giesskannenprinzip.**

Das Ziel entspricht lediglich rund 5 % des im Budget 2026 vorgesehenen Gesamtaufwands von CHF 101,8 Mio. und soll deshalb als realistische Grössenordnung für eine ernsthafte Aufgabenüberprüfung dienen.

8. Transparenz gegenüber dem Einwohnerrat

Dem Einwohnerrat ist innerhalb von **12 Monaten nach Überweisung der Motion** ein Bericht vorzulegen.

Dieser soll für sämtliche überprüften Aufgaben mindestens folgende Angaben enthalten:

1. heutige jährliche Kosten;
2. Personalaufwand und Stellenprozente;
3. Sach- und Fremdleistungen;
4. gesetzliche Grundlage;
5. Ziel und Nutzen der Leistung;
6. Anzahl der direkt oder indirekt begünstigten Personen;
7. mögliche Alternativen;
8. mögliches Einsparpotenzial;
9. Auswirkungen einer Reduktion oder Aufhebung;
10. konkrete Umsetzung und Zeitplan.

Begründung

Binningen ist eine attraktive und finanziell solide Gemeinde. Gerade deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die Strukturen und Leistungen der Gemeinde kritisch zu überprüfen – und nicht erst dann, wenn ein akuter Spardruck besteht.

Die Jahresrechnung 2025 schloss zwar mit einem Ertragsüberschuss von CHF 8,8 Mio. ab. Dieses Ergebnis war jedoch wesentlich durch höhere Vorjahressteuereinnahmen und weitere Sondereffekte geprägt. Gleichzeitig zeigt das Budget 2026 bereits einen Aufwandüberschuss von CHF 1,8 Mio.

Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik darf deshalb nicht allein darauf setzen, dass sich die Einnahmen weiterhin positiv entwickeln.

Steuergelder sind mit der gleichen Sorgfalt zu behandeln wie private Gelder.

Bevor zusätzliche Einnahmen gefordert oder Steuern erhöht werden, muss die Gemeinde überprüfen, ob sämtliche heutigen Ausgaben und Leistungen tatsächlich notwendig sind und ob diese möglichst effizient erbracht werden.

Mit über 16'000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Binningen eine bedeutende Gemeinde im Kanton Basel-Landschaft. Entsprechend gross ist auch die Verantwortung, die vorhandenen Mittel zielgerichtet einzusetzen.

Die Motion verlangt ausdrücklich **keinen blinden Sparkurs**. Leistungen, die für die Bevölkerung wichtig sind, sollen erhalten bleiben. Gleichzeitig darf es keine Denkverbote geben, wenn es um freiwillige Leistungen, Verwaltungsstrukturen, externe Mandate, Subventionen oder ineffiziente Abläufe geht.

Die Frage muss deshalb lauten:

Was muss die Gemeinde leisten? Was soll sie leisten? Und worauf kann sie verzichten?

Diese Fragen sollen transparent beantwortet werden.

Die Gemeinde Binningen soll ihre Kernaufgaben weiterhin zuverlässig und qualitativ hochstehend erfüllen. Gleichzeitig soll sie dort konsequent sparen, wo Leistungen keinen ausreichenden öffentlichen Nutzen mehr haben, Strukturen unnötig kompliziert sind oder Aufgaben kostengünstiger erbracht werden können.

Binningen soll zuerst seine Aufgaben und Ausgaben überprüfen, bevor die Bevölkerung zusätzlich belastet wird.

Die Motion schafft dafür die notwendige Grundlage und verpflichtet den Gemeinderat, dem Einwohnerrat konkrete und nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen vorzulegen.

Hubert Steffen
SVP Fraktion
14.09.2026

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'H. Steffen', is located to the right of the printed text.